

Wie nachhaltig ist München?

Eine Einschätzung
des MIN-Bündnisses über den Stand
der Umsetzung der UN-
Nachhaltigkeitsziele in der
Landeshauptstadt München



**Münchner
Initiative
Nachhaltigkeit**





EINLEITUNG

Wir legen mit diesem Papier für jedes SDG (Sustainable Development Goal der Vereinten Nationen) eine - fokussierte, sicherlich unvollständige - Bilanz vor und haben Herausforderungen für eine nachhaltige Entwicklung unserer Landeshauptstadt München formuliert.

Basis dieses Papiers sind daher die subjektiven Einschätzungen der Bündnispartner*innen der Münchener Initiative Nachhaltigkeit zum Stand der SDGs in der Landeshauptstadt München.

Angesichts einer nach wie vor fehlenden Nachhaltigkeitsstrategie mit einem SMART-Zielsystem und einer Managementstruktur zur Bearbeitung der Nachhaltigkeitslücken in unserer Stadt wollen wir aktuell abschätzen, wie es mit der Nachhaltigkeit in München bestellt ist. Somit aktualisieren wir auch die Arbeitspapiere, in denen wir zum 1. Münchener Nachhaltigkeitskongress am 2. Februar 2019 Bilanz gezogen und Stärken, Schwächen sowie Handlungsansätze herausgearbeitet hatten. Manches wurde seitdem angegangen, in anderen Bereichen tat sich wenig. Wir wünschen uns mehr Tempo und mehr Wirksamkeit für ein nachhaltiges, lebenswertes München.

Die inzwischen sowohl von externen Berater*innen als auch innerhalb der Verwaltung selbst erarbeiteten Berichte und Arbeitspapiere (siehe unten) bestätigen teils unsere Wahrnehmung. Teils sehen wir aber andere und zusätzliche Herausforderungen, bei denen wir uns wünschen, diese konsequent(er) anzugehen und zu bearbeiten. Wir haben daher für jedes SDG eine - zugegeben grobe, dafür aber möglichst komprimierte - Bilanz erstellt und Herausforderungen identifiziert.

Unser Wunsch ist es, gemeinsam eine Nachhaltigkeitsstrategie für unsere Stadt zu entwickeln - mit Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft und gerne auch weiteren Akteur*innen. Als Vertreter*innen der organisierten Zivilgesellschaft sehen wir auch die Herausforderung einen kooperativen Prozess zu gestalten, in den sich neben Politik und Verwaltung auch andere Akteur*innen der Stadtgesellschaft - Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur etc. - und nicht zuletzt die Münchner*innen selbst einbringen können.

Ein nachhaltiges München gestalten können wir nur zusammen.

München, April 2024





Münchner Initiative Nachhaltigkeit

Mitwirkende:

- MIN-Koordinierungskreis
- MIN-Bündnispartner*innen

Kontakt:

info@m-i-n.net

www.m-i-n.net

Disclaimer:

Dieses Papier erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Basis sind die subjektiven Einschätzungen der MIN-Bündnispartner*innen zum Stand der SDGs in der Landeshauptstadt München. Die von uns verwendeten Links enthielten zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Papiers keine rechtswidrigen Inhalte. Sie können nach diesem Datum jedoch zu fremden Inhalten führen, die wir nicht regelmäßig überprüfen können und für die wir keine Verantwortung übernehmen.

Quellen:

- Landeshauptstadt München (Hrsg.) (2022): SDG-Analysebericht über die Umsetzung der Agenda 2030 in der Landeshauptstadt München (erarbeitet vom Deutschen Institut für Urbanistik - difu, initiiert von Engagement Global und der Service-Stelle Kommunen in der einen Welt (SKEW) mit Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung). Abrufbar unter: [Analysebericht: Nachhaltigkeitsziele – Landeshauptstadt München \(muenchen.de\)](#).
- Landeshauptstadt München, Referat für Klima- und Umweltschutz 2022: Nachhaltigkeitsbericht München 2022. Indikatoren, Herausforderungen und Handlungspotentiale (2. Nachhaltigkeitsbericht). Abrufbar unter: [Nachhaltige Entwicklung in München – Landeshauptstadt München \(muenchen.de\)](#).
- LHM, Bekanntgabe des 2. Nachhaltigkeitsberichts, Verwaltungsvorlage. Abrufbar unter: [7552057 \(muenchen.de\)](#).
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2018): Wirkungsorientiertes Nachhaltigkeitsmanagement in Kommunen – Leitfäden. Abrufbar unter: https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Monitor_Nachhaltige_Kommune/Wirkungsorientiertes_Nachhaltigkeitsmanagement_final.pdf

SDG 1

KEINE ARMUT



Die Landeshauptstadt München (LHM) ist eine wohlhabende und wachsende Stadt, die wirtschaftlich, kulturell, aber auch sozial gut dasteht. Dennoch gibt es neben den Reichen und Gutsituierten auch von Armut betroffene Menschen, die in ihrer Lebenslage stark beeinträchtigt sind. Die Gründe dafür sind vielfältig, liegen u. a. in den steigenden Lebenshaltungskosten und dem Mangel an bezahlbarem Wohnraum.

Das belegt auch der letzte Münchner Armutsbericht 2022. Mehr als 17 % der Münchner Bürger*innen leben in relativer Armut – das sind etwa 266.000 Menschen, von denen jedoch nur rund 129.000 eine staatliche Unterstützungsleistung beziehen. Durch die Maßnahmen der Corona-Pandemie, die stark gestiegenen Energiekosten und die Inflation dürfte sich die Situation in den letzten zweieinhalb Jahren noch verschärft haben.

Besonders von Armut betroffen sind ältere Menschen, Familien mit Kindern, Alleinerziehende, Menschen mit Behinderungen oder chronischen Erkrankungen sowie Menschen ohne Schul- und Berufsabschluss.

Die LHM hat unterschiedliche Handlungsfelder benannt, verschiedene Aktivitäten entfaltet sowie Instrumente und Institutionen implementiert, um Armut entgegenzuwirken oder zumindest die Auswirkungen von Armut zu mildern. Hierzu gehören u. a. die Zweckentfremdungssatzung, Wohnungsbauprogramme, der erhöhte Münchner Regelsatz, verbilligte MVV-Tickets, Alten- und Servicezentren (ASZ), Nachbarschaftstreffe, die (finanzielle) Unterstützung verschiedener Initiativen/Programme sozialer Träger und der München Pass. Insgesamt gibt es ein hohes Engagement der LHM im Bereich Armutsbekämpfung und findet auch bei Sozialverbänden und -akteur*innen hohe Anerkennung.

Jedoch sollten weitere Verbesserungspotenziale erarbeitet werden, um die Passgenauigkeit der Angebote zu erhöhen, die Annahme von Angeboten (ohne Stigmatisierung) Betroffenen zu erleichtern und diese nach Möglichkeit zu Selbsthilfe und Selbstorganisation zu aktivieren.



HERAUSFORDERUNGEN:

- Armutsursachen identifizieren und Gegenmaßnahmen entwickeln auf kommunaler Ebene – insbesondere gegen Kinderarmut und Altersarmut.
- Auswirkungen der Maßnahmen in der Corona-Pandemie und des Ukraine-Kriegs (Energiepreisanstieg und allgemeine Inflation) eindämmen.
- Ausreichend bezahlbaren Wohnraum schaffen, z. B. durch längere Bindung bei Sozialwohnungen.
- Integration eingewanderter Menschen durch Nachbarschaftshilfe, Sprachförderung, Bildungsförderung und Arbeitsmarktintegration unterstützen.
- Forderungskatalog an die Bundesregierung erstellen.
- Eine kommunale Strategie für diskriminierungsfreie Daseinsvorsorge etablieren.



SDG 2

KEIN HUNGER



München gilt als Stadt mit hoher Lebensqualität. Doch nicht alle Menschen profitieren davon. Die Schere zwischen Arm und Reich klafft auch in München auseinander. Mehr als 17% der Münchner Bürger*innen leben in relativer Armut, so der Münchner Armutsbericht. 22.000 Menschen besuchen wöchentlich eine der 28 Ausgabestellen der Münchner Tafel und versorgen sich mit Lebensmittelpenden. Die Nachfrage nach Berechtigungsscheinen für die Tafeln hat stark zugenommen. Oft fehlt armen Familien die Möglichkeit, eine ausgewogene, gesundheitsförderliche Ernährung sicherzustellen. Die Schließung der KiTas und Schulmensen in der Pandemie hat die Situation nochmals verschärft. In den betroffenen Familien ist das Risiko gestiegen, in eine ungesunde Ernährungsweise und Unterversorgung mit wichtigen Nährstoffen zu geraten. Die Folge: Übergewicht nimmt zu und die kognitive und körperliche Entwicklung insbesondere der Kinder leidet. Erste Ansätze in Kindertageseinrichtungen sind durch die Ausrichtung an die Standards der DGE und einen 50-prozentigen Bio-Anteil gemacht. Die Stadt hat die Aufgabe und Verantwortung ALLEN Menschen einen uneingeschränkt guten Zugang zu gesundheitsförderlicher Ernährung zu ermöglichen. Eine ausgewogene gesunde Ernährung scheitert in München nicht am Angebot. Projekte wie die Community-Kitchen in Neuperlach, Initiativen von Foodsharing und Foodcaring oder Lebensmittelretter*innen zeigen, wie dies gelingen kann. Sowohl über kostengünstige Lebensmittel als auch über kostenfreie Angebote in den sogenannten Fairteiler-Stationen und Lebensmittelpunkten in den Quartieren: hier können sich die Menschen jederzeit mit geretteten, aber hochwertigen Lebensmitteln versorgen. Auch in München werden, wie bundesweit, jährlich pro Person rund 50 kg Lebensmittel weggeworfen, von denen die Hälfte noch verwendbar wäre: Für München mit 1,5 Mio Einwohner*innen wären dies bald 40.000 Tonnen Lebensmittel, die entsorgt werden, statt Menschen zu ernähren.



HERAUSFORDERUNGEN:

- Die Gemeinschaftsverpflegung im städtischen Wirkungsbereich von den KiTas über die Schulen bis hin zu den Krankenhäusern und Einrichtungen für Menschen mit Behinderung an Aspekten der Gesundheitsförderung und Nachhaltigkeit ausrichten (ausschließlich Produkte aus ökologischem Landbau, möglichst regionale Versorgung). Dies garantiert den Menschen in den Einrichtungen eine gute Grundversorgung.
- Ergänzende niedrigschwellige Zugänge zu gesundheitsförderlichen Lebensmitteln schaffen.
- Mehr Flächen zum gemeinschaftlichen Anbau von saisonalen Lebensmitteln ausweisen.
- Den Aufbau regionaler Lieferketten für Bio-Lebensmittel fördern, bspw. für die Versorgung von städtischen Einrichtungen und Großveranstaltungen.
- Gesunde und nachhaltige Ernährungsweise praxisnah in den Lehrplänen der städtischen Schulen sowie anderen Kinderbetreuungseinrichtungen sowie außerschulischen Bildungsangeboten verankern (z. B. durch Schulgärten, Landwirtschaftspraktikum, Kochunterricht).
- Bildungsangebote für alle Altersgruppen über gesundheitsfördernde und günstige Ernährung anbieten.
- In allen städtischen Einflussbereichen (städt. Einrichtungen, Großveranstaltungen etc.) ein nachhaltiges, gesundes und fair bereitgestelltes Angebot sicherstellen.



SDG 3

GESUNDHEIT UND WOHLERGEHEN



München ist mit seinen öffentlichen und privaten Einrichtungen und Unternehmen ein Standort der Spitzenmedizin und Gesundheitswirtschaft, der global Patient*innen anzieht. Gleichzeitig fehlen in Stadtteilen insbesondere am Rande der Stadt Allgemein- und Kinderärzt*innen für die medizinische Grundversorgung der wachsenden Bevölkerung. Ebenfalls mangelt es an psychologischer Betreuung und psychotherapeutischen Plätzen für alle Altersgruppen. Aufgrund der zunehmenden Wohn- und Lebenskosten, sowie der erhöhten Arbeitsbelastung als Folge von Sparpolitik können Stellen für Pflegekräfte und medizinische Angestellte schlechter besetzt werden. Alles in allem ergeben sich dadurch - auch in München - erhebliche Versorgungsunterschiede, wobei sozial gesundheitlich benachteiligte Personengruppen noch stärker vernachlässigt sind.

Ungleichheit besteht auch sozialraumbezogen in Bezug auf Umwelt und Gesundheit: Die hohe Verkehrsbelastung an den Hauptverkehrsstraßen führt zu einer hohen Lärm- und Luftbelastung und birgt hohe Risiken für nicht-motorisierte Teilnehmer*innen. Der Straßenverkehr und die Nutzung der Straßen als Parkraum beschränken Bewegungsfreiheit und Gestaltungsmöglichkeiten der Menschen. Der Klimawandel führt in hoch versiegelten Gebieten mit wenig Frischluftzufuhr schon jetzt zu Extremtemperaturen im Sommer, die insbesondere für vulnerable Gruppen ein hohes Gesundheitsrisiko mit sich bringen. Außerhausversorgungsangebote sind je nach Wohnlage ungleich verteilt. Die Infrastruktur für Bewegungsangebote hält mit dem Bevölkerungswachstum kaum Schritt. Gesundheitsfördernde Aufenthalte in der Natur – ob Waldgebiete oder innerstädtische Grünflächen und Parks – sind nicht immer wohnortnah zu erreichen und stehen unter vielfältigem Nutzungsdruck. Die LHM begegnet diesen Herausforderungen mit stadtteilbezogenen Konzepten für gesundheitsförderliche Maßnahmen, wie z. B. mit Gesundheitsberatungsstellen bzw. Gesundheitstreffs, Gesundheitsmanagement vor Ort u. a. Stadtbezirke/-plätze werden aufgewertet Grün/Erholungsflächen geschaffen und Sommerstraßen/Schanigärten realisiert - dies aber nicht flächendeckend.



HERAUSFORDERUNGEN:

- Mechanismus von sich gegenseitig verstärkenden Armutsrisiken und gesundheitlichen Beeinträchtigungen angehen und Zugangsbarrieren zu gesundheitlich relevanten Angebotensystematisch reduzieren.
- Mangel an medizinischem Personal (Pflegekräfte, Hebammen und Psychotherapeut*innen) beheben (u. a. durch bezahlbaren Wohnraum).
- Maßnahmen zum Schutz der Bürger*innen an stark belasteten Straßen (Lärmschutz, Luftreinhaltung) und Aufwertung der Quartiere im Sinn der Umweltgerechtigkeit.
- Gesundheitsversorgung durch den Aufbau solidarischer, stadtteilzentrierter Gesundheitszentren stärken.
- Maßnahmen der Klimaanpassung und Hitze-Resilienz inkl. Errichtung von „Klimazonen“ im (innerstädtischen) verdichteten Raum.
- Qualitativ hochwertige Naturerlebnis- und Erholungsräume sowie hitzeresiliente Räume schaffen durch Entsiegelung, Einrichtung und Erhaltung von Frischluftschneisen, Schutz und Erweiterung des Baumbestands, Zugang zu (Trink-)Wasser.
- Ausbau und qualitative Weiterentwicklung der Schutz-, Nutzungs- und Bewirtschaftungskonzepte bestehender Grünflächen – von Biodiversität über Klimaschutz bis Naherholung.
- Maßnahmen aus Erkenntnissen kleinräumiger Wohn-, Sozial- und epidemiologischer Analysen partizipativ und quartiersbezogen ausrichten (Gesundheit als kollektives Gut)
- Coaching für Küchen-Verantwortliche zur gesunden Verpflegung anbieten.



SDG 4

HOCHWERTIGE BILDUNG



Hochwertige Bildung vermittelt nicht nur Wissen, sondern baut Kompetenzen auf, unterstützt ein lebendiges, lebenslanges, ganzheitliches Lernen und integriert die Konzepte der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE). Sie findet nicht nur in Bildungsinstitutionen, sondern in allen Bereichen der Gesellschaft statt. Insgesamt ist die LHM im Bildungssektor gut unterwegs. Die Stadt zeichnet eine vielfältige, pluralistische Bildungslandschaft aus, gerade auch mit vielen freien Trägern aus der außerschulischen und Erwachsenenbildung in den Bereichen BNE und politische Bildung. Sie baut die Versorgung zur frühkindlichen Bildung aus bzw. plant diese und ortsnahe Schulbildungsangebote frühzeitig in Neubaugebieten ein. Des Weiteren ist die Volkshochschule mit ihrem ausgebauten und breit gefächerten Angebot hervorzuheben und wird von den Bürger*innen sehr gut angenommen. Nicht zu vergessen ist das flächendeckende Angebot der Stadtbibliothek München, das sich an alle Bevölkerungsschichten wendet, sowie die Bildungslokale.

Gleichzeitig gibt es einen Mangel an städtischen und städtisch geförderten Betreuungsplätzen für Kleinkinder und Kinder unter sechs Jahren. Auch das Nachmittagsbetreuungsangebot und das Angebot an Ganztagschulen bedarf noch weiteren Ausbaus. Aufgrund des akuten Personalmangels und des damit zusammenhängenden geringen Angebots in diesem Bereich ist die Auswahl für Eltern und Kinder sehr beschränkt und wenig flexibel und anpassbar an die jeweilige Lebenssituation.

2023 verabschiedeten die LHM mit der BNE-Vision 2030 eine ambitionierte Zukunftsperspektive, deren Verankerung und operative Umsetzung jedoch noch nicht gesichert ist.

Um Lücken bei Fachkräften auf dem Münchner Arbeitsmarkt zu schließen, wie z. B. für energetische Sanierung oder für den Ausbau erneuerbarer Energien, sind Initiativen der LHM und der kommunalen Akteure zu begrüßen: wie z. B. der Runde Tisch “Baugewerbe”.



HERAUSFORDERUNGEN:

- Die pluralistische Bildungslandschaft in München sichern, ausbauen und qualitativ weiterentwickeln im Sinne eines ganzheitlichen Bildungsverständnis und Integration von BNE.
- Weiterer bedarfsgerechter Ausbau von Betreuungsplätzen für Kleinkinder und Kinder unter sechs Jahren sowie Nachmittagsbetreuung und Ganztagschulen.
- Zugang zu Bildung vereinfachen und Bildung inklusiver und transformativer gestalten: emanzipatorischer, partizipativer, handlungsorientierter
- Alternativen Betreuungs- und Schulformen fördern, bspw. Waldkindergärten, Montessori-Schulen etc.
- Gezieltes Programm aufsetzen für Münchner Bürger*innen mit besonderem Förderbedarf, um z. B. lesen, schreiben und rechnen zu lernen, sowie niedrigschwellige Deutschkurse für Migrant*innen anbieten
- BNE ausbauen und stärker verankern mit ausreichender finanzieller Unterfütterung, dem Ausbau von Lernorten, der Qualifizierung von Multiplikator*innen sowie einem Monitoring zur Sicherung qualitativvoller Angebote, insbesondere in Bezug auf die außerschulische und Erwachsenenbildung
- Das Angebot berufsbegleitender und qualifizierender Aus- und Weiterbildung prüfen und die Initiative ergreifen, damit die Akteure frühzeitig auf künftige Bedarfe oder erkannte Mängel (Fachkräftemangel, Digitalisierung,...) reagieren können.



SDG 5

GESCHLECHTER GLEICHHEIT



Insgesamt hat die Gleichstellung im Einflussbereich der Stadt einen hohen Stellenwert und die Geschlechtergerechtigkeit wird durch die Gleichstellungsstelle und -kommission der LHM aktiv verfolgt. Projekte und Einrichtungen, die sich für gleiche Chancen für Mädchen*, Frauen* und LGBTIQ+-Menschen einsetzen, werden intensiv gefördert. Der Anteil von Frauen in kommunalen Führungspositionen steigt kontinuierlich.

Andererseits arbeiten Frauen immer noch vielfach in schlecht bezahlten "Frauenberufen" (Care-Berufe), arbeiten öfter in Teilzeit oder werden bei gleicher Qualifikation schlechter als ihre männlichen Kollegen entlohnt. Dies führt zu einem Gender Pay Gap von 25 Prozent. Geringere Bezahlung und unterbrochene Erwerbsbiographien bedeuten für Frauen ein höheres Armutsrisiko. Insbesondere für Alleinerziehende Frauen* ist das Armutsrisiko in München durch die hohen Mietpreise besonders hoch und es stellt eine große Herausforderung dar, adäquaten Wohnraum zu finden.

Die Stadt engagiert sich in der Unterstützung von Frauen* (inter*cis*trans) mit geschlechtsspezifischer Gewalterfahrung, wobei es allerdings auch noch Aufholbedarf gibt. Beispielsweise wurde die Anzahl an Plätzen in Münchner Frauenhäusern in den letzten Jahren stark erweitert (von 78 auf 126), liegt aber immer noch unter den Verpflichtungen aus der Istanbul-Konvention.

Gendergerechte Verkehrs- und Infrastrukturplanung spielt in der LHM bereits eine Rolle - so gibt es beispielsweise Informationen des Baureferats zu gendergerechter Planung und erst im Juli 2023 fand ein Stadtratshearing zu Gender Planning statt, dessen Erkenntnisse in die Mobilitätsstrategie der LHM einfließen. Hier ist auf eine breite Umsetzung zu hoffen.

Beim Thema Frauengesundheit setzt sich die Stadt München zwar inhaltlich durch die Förderung von Kurs- und Beratungsangeboten, z. B. im FrauenGesundheitsZentrum, ein. Gleichzeitig ist eine starke Unterversorgung von Schwangeren und Gebärenden festzustellen - es gibt, wie auch in anderen deutschen Großstädten, einen eklatanten Hebammenmangel und Plätze für Entbindungen sind knapp, erst recht im außerklinischen Bereich. So schloss erst 2023 eins von drei Geburtshäusern in München.

Für die Integration insbesondere von Frauen mit Migrationshintergrund fördert die Stadt München verschiedene Projekte, unter anderem das Projekt Frauen in Beruf und Schule (FiBS), das Frauen mit Migrationserfahrung beim Schulabschluss oder dem (Wieder-)Einstieg in den Beruf unterstützt.

www.m-i-n.net/nachhaltigkeitsziele



**Münchner
Initiative
Nachhaltigkeit**

HERAUSFORDERUNGEN:

- Care-Berufe, z. B. in der Erziehung und Pflege, besser bezahlen.
- Maßnahmen gegen die Unterrepräsentation von Frauen* in Führungspositionen.
- Gender-Pay-Gap reduzieren.
- Das Angebot an Kinderbetreuungsplätzen ausbauen und flexibler gestalten sowie Anreize für Männer zur Übernahme von mehr Care-Zeiten schaffen, um eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen* zu ermöglichen.
- Angebote für Betroffene von sowie Maßnahmen gegen geschlechtsspezifischer und queerfeindlicher Gewalt weiter ausbauen.
- Gendergerechte Planung in Verkehr und Infrastruktur umsetzen.
- Frauengesundheit stärken - Hebammenmangel angehen sowie klinische und außerklinische Betreuungsangebote für Schwangere und Gebärende ausbauen.



SDG 6

SAUBERES WASSER & SANITÄREINRICHTUNGEN



Wasserversorgung:

Das Münchner Trinkwasser kommt direkt aus dem bayerischen Voralpenland. Außerdem steht die Münchner Schotterebene als Reservegewinnungsgebiet zur Verfügung. Es ist von höchster Qualität und muss deshalb nicht aufbereitet werden. Die Grenzwerte der Trinkwasserverordnung werden deutlich unterschritten. Alle Trinkwassergewinnungsgebiete sind durch Trinkwasserschutzzonen gesichert. Darüber hinaus fördern die SWM im weiteren Einzugsgebiet der Trinkwassergewinnung den ökologischen Landbau und sichern über eine boden- und gewässerschonende Bewirtschaftung der Flächen vor Ort die Qualität des Münchner Trinkwassers. Die immer wieder aufkommenden Proteste der Landwirte und Gemeinden in den Trinkwassergewinnungsgebieten zeigen allerdings auch, dass die Menge des geförderten Trinkwassers nicht beliebig gesteigert werden kann. Wesentlich problematischer als die Wasserversorgung in München stellt sich der konsum-bedingte virtuelle Wasserbedarf dar. Er liegt rund um den Faktor 30 höher als der für Ernährung und Hygiene notwendige tägliche Wasserbedarf.

Abwasserreinigung:

Für die Abwasserreinigung stehen in München zwei Großklärwerke zur Verfügung. Beide Klärwerke sind mit biologischen Reinigungsstufen einschließlich einer Nährstoffelimination ausgerüstet. Bei starken Regenfällen sind die Kanäle und die Klärwerke trotz doppelter Auslegung überlastet. Um eine gesicherte Ableitung der durch den Regen stark verdünnten Abwässer zu gewährleisten, gibt es im Stadtgebiet derzeit 23 Regenauslässe, die das Kanalnetz direkt zur Isar entlasten. Seit 1979 besteht die gesetzliche Vorgabe, dass 90 Prozent der abbaubaren Schmutzstoffe durch das Klärwerk geleitet werden müssen. Um dies zu gewährleisten, werden große Regenwassermengen in unterirdischen Becken (Regenrückhalte- und Regenüberlaufbecken) gespeichert und bei nachlassendem Regen kontrolliert den Klärwerken zugeleitet. Selbst bei Starkniederschlägen kann so eine Einleitung von Mischwasser in die Isar weitestgehend vermieden werden.



Allerdings weist die Isar nach München deutlich höhere Mikroplastik-Werte auf als vor München. Dies wird insbesondere auf den Reifenabrieb zurückgeführt, der bei Starkregen über die Regenauslässe direkt in die Isar eingeleitet wird. Da die Starkregenereignisse in Zukunft wegen des Klimawandels eher zunehmen werden, dürfte sich dieses Problem künftig noch verstärken, sofern keine Gegenmaßnahmen ergriffen werden.

HERAUSFORDERUNGEN:

- Entsiegelungen in stark verdichteten Gebieten forciert durchführen und das Schwammstadt-Konzept beschleunigt umsetzen.
- Bildungsmaßnahmen entwickeln und anbieten, um ein Bewusstsein für den virtuellen Wasserbedarf zu erzeugen.
- Eintrag von Mikroplastik in die Isar reduzieren.
- Mit den Gemeinden in den Trinkwassergewinnungsgebieten eine kooperative und faire Partnerschaft anstreben.
- Wasser generell als öffentliches Gut schützen.



SDG 7

BEZAHLBARE UND SAUBERE ENERGIE



Eine Umstellung auf Erneuerbare Energien reduziert den CO₂-Ausstoß und ist eine zentrale Maßnahme des Klimaschutzes. Darüber hinaus reduziert eine eigenständige Energieversorgung Abhängigkeiten und kann langfristig Ausgaben für den Import von Energie sparen. Auch die angestiegenen Preise für fossile Energieträger machen die Umstellung auf Erneuerbare Energien zur Sicherstellung einer bezahlbaren Energieversorgung nochmal deutlich. Die SWM, die laut Eigenangaben ca. 1 Millionen Bürger*innen mit Strom versorgen, erzeugen bereits einen hohen Anteil an regenerativer Energie, allerdings überwiegend weit außerhalb von München. Nur wenige Prozent des Münchner Strombedarfs werden durch Erneuerbare Energien-Anlagen im Stadtgebiet abgedeckt. Und gerade durch die zu geringen Leitungskapazitäten innerhalb Deutschlands tragen Erneuerbare-Energien-Anlagen der SWM zum Beispiel in Norwegen nur virtuell zur Versorgung und somit zur Versorgungssicherheit der LHM mit Strom bei. Vom Energiebedarf für Wärme werden immer noch ca. zwei Drittel durch Heizöl und Erdgas abgedeckt (Schätzung für 2017). Der überwiegende Rest wird durch Fernwärme abgedeckt, die aktuell nur teilweise klimaneutral mittels Geothermie hergestellt wird.

Aktueller Stand in München:

- Das Bürgerbegehren „Raus aus der Steinkohle“ ist noch nicht umgesetzt, jedoch teilweise auf den Weg gebracht, gleichzeitig gibt es den Stadtratsbeschluss zur Umstellung des HKW Nord von Kohle auf Gas zur Heizperiode 2024/2025 mit Zielkonflikten zur Klimaneutralität und Erwartungen der Gemeinde Unterföhring, auf deren Gemeindegebiet das Heizkraftwerk Nord liegt, insbesondere weil keine Last- und Laufzeitbeschränkung beschlossen wurden - beides, auch eine Laufzeitbeschränkung, insbesondere gekoppelt an das Wegfallen der Systemrelevanz für das Stromnetz, wäre möglich.
- Der Anteil der Stadtwerke an Öl und Gasunternehmen ist stark reduziert, jedoch noch nicht auf 0 gebracht; in München werden weiterhin Gaskraftwerke zur Strom- und Fernwärmeerzeugung betrieben.
- In Szenarien zur klimaneutralen Wärme wird vielfach mit regenerativem Wasserstoff als Energieträger gerechnet – dessen Einsatz ist jedoch alles andere als gesichert



- Der Photovoltaik-Ausbau hat in den Jahren seit 2020 stark zugenommen, insbesondere auch im Jahr 2023. Der von der regierenden Koalition angestrebte Zubau von 15 MWp pro Jahr wird voraussichtlich 2023 erreicht oder sogar übertroffen. Davon ist aber immer noch der Großteil von den Münchner Bürger:innen getragen. Dahingegen ist der gewerbliche Anteil des PV-Ausbaus (inklusive LHM und Mieterstrom) erschreckend gering. Insbesondere die Hürden im Bereich Mieterstrom sind, trotz aktueller bundesgesetzlicher Verbesserungen, noch viel zu hoch.
- Es gibt keine ausreichend qualifiziertes Personal mit Expertise in PV und Mieterstrom bei den städtischen Wohnbaugesellschaften für die Umsetzung der Stadtratsbeschlüsse.
- Es gibt in Bayern keine Photovoltaikpflicht (wie in BaWü) zur Errichtung von PV-Anlagen bei Neubau- und Sanierungsmaßnahmen bei Gewerbe- und Wohnbauten.
- Bisher fehlen Konzepte zur regenerativen Wärmeerzeugung im Geschosswohnungsbau ohne Fernwärmeanschluss.
- Die Sanierungsrate zur Reduzierung der Wärmeenergie ist zu gering. Es fehlen umsetzungsreife Konzepte zur klimaneutralen Sanierung (Stichwort Baustoffe).
- Zur Gewährleistung des Zugangs von bedürftigen Münchner*innen zu Wärme- und Warmwasserversorgung hat die LHM den Münchner Wärmefonds aufgesetzt, der Bedürftige mit einem jährlichen Zuschuss von 700 Euro pro Person und 300 Euro pro weiterem Haushaltsmitglied unterstützt.

HERAUSFORDERUNGEN:

- „Masterplan Solares München“ umsetzen
- „Maßnahmenplan Klimaneutrales München“ umsetzen
- Energieeinsparpotenziale im privaten, öffentlichen und gewerblichen Bereich identifizieren und realisieren.
- Energieeinsparpotenziale bei der Heizung in allen städtischen Gebäuden identifizieren und umsetzen (z. B. Reduktion der Vorlauftemperatur, Solltemperatur, Nachtabsenkung, Hydraulischer Abgleich.) Taskforce einsetzen, die alle Gebäude analysiert und Maßnahmen sofort umsetzt.
- Ausbau der Geothermie beschleunigen
- Wärmeplanung inklusive Ausbaukonzept Fernwärme vorlegen (und umsetzen!)
- Planungsrechtliche Vorgaben zur Errichtung von PV-Anlagen in München machen, zum Beispiel im Bebauungsplan.
- im Geschosswohnungsbau ohne FW-Anschluss technische Konzepte zur Erzeugung von regenerativer Wärme erstellen und umsetzen, Quartiersansätze vorantreiben.



- Mieter*innenstrommodelle durch Förderung und Beratung unterstützen. Hier gilt es auch die SWM in die Pflicht zu nehmen, insbesondere bei der Freigabe von Messkonzepten und fertigen Anlagen und bei der hier erforderlichen Ausrüstung der Kund*innen mit SmartMetern.
- Abschied nehmen von Erdgas als Brückentechnologie und nicht auf grünen Wasserstoff als zukünftiger Wärmeenergiequelle setzen
- Speicherlösungen und Spitzenlastkonzepte für klimaneutrale Wärmebereitstellung vorsehen
- Bezahlbare Energie für alle bedürftige Münchner*innen gewährleisten
- Die städtischen Wohnbaugesellschaften sollen, wo es möglich und sinnvoll ist, Stecker-Solar-Module in ihren Gebäuden zur Verfügung stellen (wie eine Einbauküche). Dies dient auch als Vorbild für kommerzielle Vermieter*innen, die Module ihren Mieter*innen zu erlauben.



SDG 8

MENSCHENWÜRDIGE ARBEIT UND WIRTSCHAFTSWACHSTUM



Nach den Kernindikatoren BIP, Arbeitslosen- und Beschäftigungsquote schneidet München im nationalen und internationalen Vergleich gut ab und kann daher als attraktiver Wohnort und Arbeitsstandort gelten. München erwartet von 2020-2040 eine Zunahme der Bevölkerung von 1,5 auf über 1,8 Mio. Menschen. Dieser Bevölkerungszuwachs kann kaum direkt beeinflusst werden. Daher muss München zusammen mit seinem Umland diese Bevölkerungsentwicklung bei begrenzter städtischer Fläche so gestalten und begleiten, dass dauerhaft lebenswürdige Arbeitsverhältnisse und eine nachhaltige Wohlstandsentwicklung in der Stadt gewährleistet sind.

München hat heute eine relativ gesunde Mischung aus Großunternehmen, KMUs und innovativen Startups, die ein breites Spektrum an Branchen und Innovationsfeldern abdecken. Dies muss erhalten und weiterentwickelt werden, wobei den Beiträgen der Wirtschaft zum Gemeinwohl größere Bedeutung beigemessen werden muss, z. B. durch aktive Bekämpfung von Steuervermeidung durch Sitzverlegung in Vororte, Beteiligung an der Verbesserung der sozialen Wirtschaftsstruktur (z. B. Kinderbetreuung, Mobilität), Honorierung positiver Klimabeiträge sowie Umsetzung von Nachhaltigkeitsstrategien mit Berichterstattung auf Basis des europäischen Standards (Corporate Sustainability Reporting Directive-CSRD) und Erstellen von Gemeinwohlbilanzen auch für kleinere Unternehmen. Auf Basis einer Umfrage der IHK (2017) meinen 70% der Unternehmen einen positiven Beitrag zum SDG 8 leisten zu können. Sie beklagen gleichzeitig das geringe öffentliche Bewusstsein für die Nachhaltigkeitsziele sowie einen Mangel an Ressourcen (Finanzen, Expertise etc.), um diesen Beitrag leisten zu können.

Zur Umsetzung von SDG 8 unter den spezifischen Gegebenheiten in München bedarf es erstens einer erweiterten Wohlstandsmessung (s. RWI), wie dies im Nachhaltigkeitsbericht München 2022 erfolgt ist. In den städtischen Statistiken wird noch immer ausschließlich das BIP als Indikator ausgewiesen. Es ist sicherzustellen, dass essentielle Dienstleistungen für eine zunehmend diverse und alternde Stadtgesellschaft (Gesundheit, Altenpflege, Polizei, etc.) unter menschenwürdigen Bedingungen Arbeit und Leben in der Stadt ermöglicht werden.



HERAUSFORDERUNGEN:

- Klären, was geschehen muss, damit der RWI wieder ansteigt.
- Aktive und breite Bewusstseinsbildung für einen enkeltauglichen Wohlstand in der Stadt fördern, der über eine rein monetäre Bewertung hinausweist.
- Anreize schaffen für die Beteiligung der Wirtschaft an der Klimastrategie und an der Entwicklung einer sozial und ökologisch nachhaltigen Infrastruktur.
- Lebenswürdige Arbeitsbedingungen in essentiellen Dienstleistungsbereichen gewährleisten, insbesondere bei Mieten, Kinderbetreuung, Mobilität, Gesundheit und beruflicher Ausbildung. Die städtischen Arbeitgeber müssen hier Vorbild sein.
- Die Erstellung von Nachhaltigkeitsberichten aller Unternehmen in München unter Berücksichtigung von Gemeinwohlleistungen bei öffentlichen Ausschreibungen und Beschaffungen fördern.
- Maßnahmen zur Reduzierung des Fachkräftemangel unter Berücksichtigung von globalen und sozialen Auswirkungen.
- Bezahlbaren Wohnraum - insbesondere für Dienstleistungsberufe und einkommensarme Münchner*innen - zur Verfügung stellen bzw. den kommunalen Handlungsrahmen verbessern und stärker ausschöpfen.



SDG 9

INDUSTRIE, INNOVATION UND INFRASTRUKTUR



Noch hat München eine gute Mischung aus produzierendem Gewerbe und Dienstleistungen aus vielen Branchen. Dies verschafft Resilienz gegenüber Krisen, wie die Corona-Pandemie gezeigt hat: auch wenn sich globalisierungsbedingte Lieferengpässe bei der Industrie und die Lockdowns beim Hotels- und Gaststättengewerbes sowie der Kulturbranche bemerkbar gemacht haben. Das Gewerbesteueraufkommen hat im Jahr 2021 sogar einen Rekordwert von 3,3 Milliarden € erreicht.

Aufgrund der exzellenten Hochschulen gibt es zahlreiche Innovationen und Startup-Unternehmen. Die Anzahl der Startup-Unternehmen ist jedoch seit Jahren rückläufig. Positiv für München wirkt sich aus, dass die Betriebe und Einrichtungen der kommunalen Daseinsvorsorge noch vollständig im Besitz der Stadt sind. Die Infrastruktur für Wasser, Abwasser und ÖPNV ist in einem guten Zustand.

Um beim sog. Umweltverbund den gewünschten Modal-Split-Anteil von 80 % zu erreichen, bedarf es in den nächsten Jahren erheblicher Investitionen bei U-Bahn, Tram-, Bus- und Rad- und Fußverkehr. Hinzu kommen große Erhaltungsinvestitionen bei der U-Bahn. Ebenso gibt es beim Ausbau des Glasfasernetzes noch einen großen Investitionsbedarf. München hat sich um den Titel "Zero-Waste-City" beworben. Dazu muss die Abfallmenge deutlich reduziert werden und es müssen mehr Wertstoffe, die bisher noch im Restmüll landen, separat erfasst und verwertet werden. Außerdem soll die Kreislaufwirtschaft auch bei den Bau- und Gewerbeabfällen noch verstärkt werden.



HERAUSFORDERUNGEN:

- Die ÖV- und Radinfrastruktur beschleunigt ausbauen: Im Sinne der Klimaneutralität sollte der Fokus hierbei auf schnell umsetzbaren und kostengünstigen Maßnahmen liegen, z. B. im Rad-, Tram- und Busverkehr. Effektivität und Effizienz der Ausbaumaßnahmen stärker berücksichtigen und die Finanzierung sichern.
- Flächendeckendes Glasfasernetz anbieten.
- Nachhaltige Kooperationsansätze sowohl in der Forschung als auch Umsetzung von innovativen Maßnahmen und Konzepten mit Unternehmen der Wirtschaft ausbauen (Über Ökoprotit und Klimabündnis hinaus). Regionale Resilienz gegenüber globalen Krisen und ruinöser Konkurrenz (Steuervermeidung) durch Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe erhöhen.
- Initiativen ergreifen und sicherstellen, dass die in München ansässigen internationalen Konzerne auch Gewerbesteuer entrichten.
- Förderung von Car-Sharing und sonstigen Sharing-Modellen, um den Ressourcenverbrauch zu reduzieren.
- Reparatur-Netzwerke fördern.
- Das Zero-Waste-Konzept mit rund 100 Maßnahmen zur Abfallvermeidung zügig umsetzen und mehr Wertstoffe und Bioabfall separat erfassen und recyceln.
- Das Thema Circular Economy auch bei der Privatwirtschaft einfordern.



SDG 10

WENIGER UNGLEICHHEITEN



Die LHM unternimmt starke Anstrengungen, Ungleichheiten innerhalb der Münchner Bevölkerung zu beseitigen oder zumindest abzumildern. Dies spiegelt auch das integrierte Stadtentwicklungsprogramm „Perspektive München“ mit der Vision „Stadt im Gleichgewicht“ wider. Gleichzeitig ist jedoch in der städtischen Realität ein Anwachsen der Ungleichheit zu erkennen, verursacht durch immer weiter steigende Miet- und Bodenpreise, Auswirkungen der Maßnahmen der Corona-Pandemie und steigender Preise im Energiebereich und allgemeine Inflation. Zunehmende Ungleichheit birgt Zukunftsrisiken für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sie kann auch finanzielle Gestaltungsspielräume der Kommune einschränken, wenn die kommunalen Einnahmen nicht Schritt halten mit kommunalen Ausgaben zur Verminderung der Ungleichheit und Grundversorgungsleistungen der Kommune (z. B. wegen erforderlicher Beschaffung und Finanzierung von Wohnraum für einkommensschwache Münchner*innen, Sozialleistungen). Soweit es auf der kommunalen Ebene möglich ist, unterstützt die Stadt mit gezielten Maßnahmen einzelne Personen oder Personengruppen in ihren speziellen Lebenslagen (München Pass, Wärmefonds, Münchenezulage, Familienpass, etc.). Zudem hat die LHM verschiedene Beiräte eingerichtet, um verschiedenen marginalisierten Gruppen eine bessere Repräsentation zu ermöglichen: den Migrationsbeirat, den Behindertenbeirat, den Seniorenbeirat, den Mieterbeirat. Durch die hohen Miet- und Kaufpreise für Wohnraum in München, ist das Interesse von gewerblichen Investor*innen in München in den letzten Jahren immer weiter gestiegen und die Gentrifizierung der Stadtviertel hat zugenommen, wodurch insbesondere ärmere Bevölkerungsschichten aus ihren Vierteln verdrängt werden.



HERAUSFORDERUNGEN:

- Ungleichheit vor allem für Kinder aus Haushalten mit prekärer Einkommenssituation stärker abmildern.
- Maßnahmen gegen die Gentrifizierung in Stadtteilen (u. a. durch Vorkaufsrecht) entwickeln und umsetzen.
- Soziale Durchmischung der Stadtteile und Neubaugebiete sichern.
- Maßnahmen, um mangelnde Diversität in der Stadtpolitik entgegenzuwirken, z. B. sind Menschen mit Migrationshintergrund nicht proportional vertreten.
- Maßnahmen gegen die Abnahme der sozialen und ökonomischen Ausgeglichenheit umsetzen.
- Gemeinsam mit den Betroffenen und den Organisationen und Institutionen – insbesondere der sozialen Arbeit, aber auch Jobcenter, Wohnungsamt, Bildungsträger - Strategien entwickeln, um wachsenden Ungleichheiten auf der kommunalen Ebene noch stärker vorsorgend zu begegnen.



SDG 11

NACHHALTIGE STÄDTE UND GEMEINDEN



München gilt als Stadt mit hoher Lebensqualität. Diese Lebensqualität hat allerdings auch ihren Preis.

Nachhaltigkeitsziele sind für München bisher nicht kommunal definiert – die Erarbeitung und Umsetzung einer Nachhaltigkeitsstrategie steht immer noch aus. Zwar hat sich München auch unter dem Ziel der Nachhaltigkeit eine Reihe von ambitionierten Programmen gegeben, diese stehen jedoch bislang unverbunden nebeneinander, so dass weder Synergien noch Wechselwirkungen oder Zielkonflikte in den Blick genommen werden. Auch der jüngste Nachhaltigkeitsbericht zeigt dieses Dilemma auf.

Eine der größten Herausforderungen ist, dass die Stadt für die Bürger noch bezahlbar bleibt. Rund ein Drittel der Haushalte hat bereits eine Mietbelastung, die über 30 % des verfügbaren Einkommens liegt. Betroffen davon sind insbesondere Beschäftigte in Dienstleistungsberufen, Rentner*innen und zunehmend auch der Mittelstand.

Wissenschaftler*innen, die in München promovieren wollen, finden kaum eine bezahlbare Wohnung. Trotz erheblicher Investitionen im Wohnungsbau wird sich auf absehbare Zeit an dieser Entwicklung wegen der exorbitant gestiegenen Bodenpreise einerseits und des Zuzugdrucks andererseits wenig ändern.

Im innerstädtischen Verkehr liegt der Anteil des Umweltverbundes (Fußgänger*innen-, Radverkehr und ÖPNV) mit 66 % schon relativ hoch. Deutlich schlechter ist der Anteil im MVV-Verbundraum (54 %) bzw. im Umland, wo der Umweltverbundanteil lediglich 42 % beträgt (alle Werte von 2017). Obwohl für die Mobilitätswende erhebliche Investitionen beim Radverkehr und ÖV vorgesehen sind, wird das vom Stadtrat angestrebte Ziel 80 % Umweltverbundanteil bis 2025 nicht zu erreichen sein. Problematisch ist, dass der schienengebundene ÖV-Ausbau um 10 bis 20 Jahre der Siedlungsentwicklung hinterherhinkt.

Aufgrund der hohen PKW-Dichte sind gerade auch Wohnstraßen weitgehend zugeparkt und bieten keine Aufenthaltszonen. Außerdem fehlen Bäume, die zu einer Abkühlung in den Sommermonaten beitragen würden. Der Hitzestress in den dicht bebauten Gebieten wird deshalb weiter zunehmen.



Eine nachhaltige Kommune braucht auch qualitativ hochwertige Freizeitangebote für alle Bewohner*innen. In der Pandemie hat sich jedoch gezeigt, dass die Naherholungseinrichtungen in München und in der Region oftmals überlastet sind. Auch kulturelle Angebote sollen barrierefrei und flächendeckend verfügbar sein und Nachhaltigkeit berücksichtigen und fördern.

HERAUSFORDERUNGEN:

- Maßnahmen gegen den sinkenden Anteil an bezahlbaren Wohnungen entwickeln.
- Hohe Nutzungskonflikte zwischen Naturschutz und Siedlungsentwicklung lösen.
- Naherholungsfunktion stärker berücksichtigen.
- Mobilitätswende konsequent umsetzen, auch um den Aufenthalt, das Zu-Fuß-Gehen und das Radfahren im öffentlichen Raum attraktiver zu machen.
- Planungsrechtlich Bodenwertsteigerungen abschöpfen (z. B. über Städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen - SEM).
- Kommunale Nachhaltigkeitsstrategie unter Einbindung der Zivilgesellschaft erstellen und ein Nachhaltigkeitsmanagement mit einer Koordinierungs- und Steuerungsgruppe sowie einem SMART-Zielsystem mit einem regelmäßigen Monitoring implementieren, um eine nachhaltige Entwicklung zielorientiert steuern zu können und Zielkonflikte zu vermeiden bzw. auszuräumen.
- Bei der Erstellung des Haushalts die Nachhaltigkeitsziele berücksichtigen.
- Grün-blaue Infrastrukturen und Schwammstadt planen und fördern.
- Im kulturellen und Freizeit-Bereich sollte das Thema Nachhaltigkeit eine noch größere Rolle spielen (z. B. Euro 24).



SDG 12

NACHHALTIGE/R KONSUM UND PRODUKTION



Sowohl der Trinkwasserverbrauch (127 l/P,d) wie auch das Restabfall-Aufkommen (201 kg/P,a) liegen für großstädtische Verhältnisse auf relativ niedrigem Niveau. Allerdings befinden sich im Restmüll noch zu viele Wertstoffe und zu viel Bioabfall. Erfreulich sind die Bemühungen der Stadt bezüglich Zero-Waste und die laufende Mehrweg-Kampagne. Ebenso lobenswert ist der Beschluss des Stadtrates vom Juli 2021 zum Biostadt-Konzept für die städtischen Einrichtungen. Inwieweit das geplante Ernährungshaus eine Trendwende im Bereich Ernährung einleiten wird, bleibt abzuwarten.

Darüber hinaus trägt München seit Juli 2013 den Titel Fairtrade Stadt (Indikator 12.1.). Diese Auszeichnung wurde seitdem mehrfach verlängert (2017/19/21/23). Im Gebiet der LHM gibt es zudem sieben als Fairtrade Schulen (Indikator 12.2.) ausgezeichnete Schulen. Der Anteil der als Fairtrade Schools ausgezeichneten Kommunen liegt somit bei knapp 2% (7 von 356). Im Vergleich dazu: Köln 4%, Berlin 0,4%, Nürnberg 6%, Freiburg 4,5%, Münster 8,5%.

Der Anteil kommunaler Ausgaben für fair gehandelte Produkte an den gesamten kommunalen Ausgaben wird in München nicht erhoben. Es ist jedoch festzustellen, dass der Anteil fair gehandelter Produkte etwa in den städtischen Kantinen dem Anteil an bio-Produkten deutlich nachsteht: Der Stadtrat beschloss am 28.7.2021, dass bis Ende 2022 in allen Referaten und städtischen Einrichtungen ein Anteil an bio-regionalen Lebensmitteln von 40 Prozent und bis Mitte 2025 ein Anteil von 60 Prozent - nach Möglichkeit über alle Warengruppen hinweg - erreicht werden soll. Beim Fleisch muss der Anteil von 40 Prozent bis Ende 2022 erreicht werden. KITAS setzen bei 34.000 Mahlzeiten insgesamt mindestens 50 Prozent Bio-Lebensmittel ein. Bezüglich fair gehandelter Produkte fallen die Ambitionen deutlich geringer aus: Die Kantinen sind angehalten, mind. zwei Produkte aus fairem Handel anzubieten.

Wie der aktuelle "Circularity Gap Report Munich" zeigt, ist der ökologische Fußabdruck, d.h. der Energie-, Flächen- und Ressourcenverbrauch der Münchner Bevölkerung um den Faktor 4 zu hoch. Die Münchner Bürger*innen verbrauchen im Durchschnitt 32 Tonnen Rohstoffe pro Person und Jahr. Nachhaltig wäre ein Verbrauch von lediglich 8 Tonnen.



HERAUSFORDERUNGEN:

- Bei Veranstaltungen auf öffentlichem Grund nur Waren und Speisen anbieten, die bio zertifiziert und fair gehandelt sind.
- Wochenmärkte und Solidarische Landwirtschaft sowie andere Projekte der Ernährungswende stärken.
- Das Oktoberfest als Leuchtturmprojekt für bio zertifizierte und fair gehandelte Produkte entwickeln.
- Bildungsangebote für nachhaltigen Konsum anbieten.
- Strategien zur Reduzierung des sogenannten ökologischen Fußabdrucks mit der Zivilgesellschaft entwickeln.
- Bildungsangebote gegen Lebensmittelverschwendung einführen und Bewusstsein für die Vorteile von bio-regionalen Lebensmitteln schaffen.
- Vorgaben von Seiten der Stadt zur Nutzung von Flächen im öffentlichen Raum für privatwirtschaftliche Werbung machen und gemeinwohl-orientierte Kampagnen unterstützen.



SDG 13

MASSNAHMEN ZUM KLIMASCHUTZ



Die Stadt München hat den Ernst der Klimakrise anerkannt und bereits wichtige Beschlüsse gefällt. So wurde 2019 der Klimanotstand für München ausgerufen und das Ziel festgelegt, dass München bis 2035 klimaneutral sein soll. Seitdem wurde ein neues Referat gegründet (Referat für Klima- und Umweltschutz), ein Klimaneutralitätsgutachten erstellt, das Wege hin zur Klimaneutralität 2035 aufzeigen soll, sowie zwei Grundsatzbeschlüsse im Stadtrat gefasst, die wichtige Grundlagen und Maßnahmen zur Zielerreichung festlegen – unter anderem wurde ein Klimarat, gleich besetzt mit Vertreter:innen aus Stadtpolitik, Verwaltung, Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft, als beratendes Gremium für den Stadtrat eingeführt sowie die Klimaprüfung für Klima-relevante Stadtratsbeschlüsse beschlossen. Auf dem Papier sind also schon viele wichtige Schritte beschlossen worden. Gleichzeitig bezieht sich das Klimaneutralitätsziel nur auf Emissionen, die im Stadtgebiet München anfallen, und lässt somit viele Bereiche außer Acht. Zudem sind wichtige Sektoren wie Ernährung und Konsum nicht ausreichend berücksichtigt. Zudem zweifeln das Klimaneutralitätsgutachten und die daraus hervorgehenden Stadtratsbeschlüsse die Umsetzbarkeit der Klimaneutralität 2035 selbst an und vielfach mangelt es auch an der praktischen Umsetzung von Maßnahmen. Zudem wird schon im Gutachten die Möglichkeit der Treibhausgaskompensation ins Spiel gebracht – es sollte jedoch eine reale Erreichung der Münchner Klimaziele (und nicht nur eine bilanzielle) angestrebt werden. Insgesamt muss viel schneller und entschlossener gehandelt werden und wichtige Bereiche dürfen nicht weiterhin ausgeklammert werden, sondern müssen auch systematisch miterfasst werden. Der Klimarat, der auf dem Papier zu allen Klima-relevanten Stadtratsbeschlüssen beteiligt werden soll, wird vielfach gar nicht oder viel zu kurzfristig für eine fundierte Stellungnahme eingebunden. Die beschlossene Klima-Prüfung für Stadtratsbeschlüsse befindet sich aktuell in einer Test-Phase.

Wichtigste Handlungsfelder im Bereich Klimaschutz für München:

- Energie - Wärme/Kälte & Strom: größter Anteil der Klimawirkungen innerhalb der Stadt und starker Handlungsspielraum durch die Stadt als 100%ige Anteilseignerin der SWM vorhanden, insbesondere bei Fernwärme in Kombination mit Geothermie, der aktuell nicht ausgeschöpft wird.



- Sanierung: Sanierungsquote zu niedrig, Erhöhung seitens des Handwerks als auch im Hinblick auf die Eigentümerstruktur schwer zu leisten, graue Energie zu wenig im Fokus.
- Ausbau Photovoltaik nicht ambitioniert genug; zur Verfügung stehende Flächen nicht ausreichend genutzt
- Mobilität: Verhältnis von Verkehrsflächen zu Grünflächen in München deutlich höher als in anderen Großstädten in Deutschland, zusätzlich hoher Bestand an Autos (ca. 750.000 Autos in München gemeldet), die durch parkende Autos belegte Fläche ist entsprechend hoch, Parkplatzsuche braucht ca. 50 Std./Jahr, der Autoverkehr hat einen Anteil von 20% an Treibhausgas (THG)-Emissionen, Ziele zur Reduzierung des MIV werden nicht erreicht - zu wenige konkrete und zu langfristige Maßnahmen, Ausbau des ÖPNV geht nur langsam voran; Umsetzung des Radentscheids zu langsam.
- Umgang mit wirtschaftlichen Interessen ansässiger Konzerne teilweise gegenläufig zu Klimaneutralitätsbemühungen (Stichwort IAA und BMW-Tunnel)
- Die „Klimakatastrophe“ ist bereits sichtbar (Überschwemmungen, Dürren, mehr Hitzetage in München, Temperatur teilweise schon bis zu 10 Grad wärmer als im Umland etc.)
- Belastungen und Bedrohungen für die Lebensbereiche der Stadtgesellschaft, die Liegenschaften und die Infrastruktur werden zunehmen – Folgekosten können immens werden.

HERAUSFORDERUNGEN:

- Umfassendes Treibhausgas-Monitoring für die wirkliche Erreichung der Klimaschutzziele in München so schnell wie möglich erreichen (Einbeziehung von Treibhausgasemissionen, die außerhalb der Stadt entstehen, z. B. durch Konsum, Reisen (Flughafen), etc.) und Klimaschutz-Anstrengungen noch vervielfachen.
- Wärmewende auch dezentral (außerhalb der Fernwärme(entwicklungs)gebiete) strategisch voranbringen.
- Klimaschutzmaßnahmen nach Effektivität für die schnelle Reduzierung der Treibhausgasemissionen (unter Berücksichtigung des THG-Monitorings) bis 2035 priorisieren (z. B. beim Verkehr: Bus, Rad und Tram Ausbau vor U-Bahnausbau, der über 2035 hinaus erst fertig gestellt werden kann, schnelle Reduzierung des MIV);
- Sanierung: schnelle Umsetzung von Einzelmaßnahmen zur Ertüchtigung der Gebäudehülle unabhängig vom Sanierungsfahrplan fördern, Ertüchtigung des Bestands muss Vorrang vor Abriss haben.



- THG-Emissionen, die kurzfristig durch Klimaschutz-Maßnahmen entstehen, durch den Energieeinsatz bei der Produktion, durch Lieferketten und insbesondere durch die Verwendung klimaschädlicher Materialien, im Planungsprozess berücksichtigen (z. B. U-Bahnausbau, Sanierung etc.).
- Bei einer „Wirtschaftlichkeitsbetrachtung“ von Klimaschutzmaßnahmen auch externalisierte Kosten berücksichtigen.
- Konflikte zwischen wirtschaftlichen Interessen, z. B. von ansässigen Unternehmen, und Klimaschutz adressieren und Räume zur Konfliktlösung schaffen.
- Handlungsfeld Klimaadaptation viel stärker bearbeiten als bisher: insbesondere eine breite Verbesserung und Anpassung der blauen und grünen Infrastruktur, Schaffung von Frischluftkorridoren, Schwammstadtprinzip, Naherholungs- und Grüngürteln, Biodiversitätsrückzugs- und -schutzbereichen.
- Klimaschutz und Klimawandelfolgenanpassung zusammen denken - es gibt viele Synergien
- Strategie zur Klimaneutralität der Wirtschaft zusammen z.B mit der IHK und anderen entwickeln
- Die sozialen Folgen von Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen auf kommunaler Ebene mitdenken und abmildern: Klimaschutz kann Lebensqualität für alle erhöhen, muss dafür aber auch als soziale Frage gedacht werden.
- Klimagerechtigkeit bei allen Maßnahmen mitdenken - sowohl bei den Auswirkungen von Maßnahmen (wer profitiert, wer ist negativ betroffen), als auch beim Design von Maßnahmen (wer ist repräsentiert, wer kann mitentscheiden) - lokal und global



SDG 14

LEBEN UNTER WASSER



Die Isar enthält nach München ca. 10mal so viele Mikroplastikteilchen wie vor München. Hauptursache dafür ist der Reifenabrieb von Fahrzeugen, die von den Straßen abgeschwemmt werden und über die Regenauslässe des Kanalsystems in die Gewässer gelangen. Plastikabfälle werden vielfach zum Recycling in Länder exportiert, die über keine hinreichenden und hochwertigen Recycling-Kapazitäten verfügen.

Die Wasserqualität der Münchner Fließgewässer und Seen ist relativ hoch.

HERAUSFORDERUNGEN:

- Die Direkteinleitung von Regenwasser in die Isar reduzieren; s. auch SDG 6.
- Plastikabfälle nicht zum Zwecke des Recyclings in Länder ohne Recycling-Kapazitäten exportieren, da dabei die Gefahr besteht, dass sie letztendlich in den Weltmeeren landen. Sie sind entweder innerhalb Europas zu recyceln oder in München energetisch zur Strom- und Fernwärmeversorgung zu nutzen.



SDG 15

LEBEN AN LAND



München besitzt vier Naturschutzgebiete mit einer Größe von zusammen etwa 680 Hektar. Die Naturschutzgebiete sind fast vollständig auch als FFH-Gebiete ausgewiesen. Dazu kommt noch der Nymphenburger Schlosspark als FFH-Gebiet (177 ha). Zusammen ergibt das 757 Hektar für den Naturschutz gesicherter Flächen. Das sind 2,44 % der Stadtfläche. Zum Vergleich: In Bayern liegt dieser Anteil bei über 10 %, in Gesamtdeutschland bei über 15 % der terrestrischen Fläche. Laut UN-Konvention für Biodiversität (2010) sollte der Anteil geschützter Flächen 2020 bei 17 % der Landfläche liegen.

Der Münchner Stadtrat hat 2018 eine ambitionierte Biodiversitätsstrategie beschlossen, die sich derzeit aber noch in der Anlaufphase befindet. Die Umsetzung der Naturschutzziele verläuft schleppend und es gibt sogar Rückschritte, weil zunehmend für den Naturschutz wünschenswerte Flächen für Siedlungszwecke verwendet werden. Der Stadtentwicklungsplan STEP 2040 zeigt die Konflikte über die Fläche auf, löst jedoch als unverbindliche Planungsgrundlage nicht die Zielkonflikte.

München ist mit einem Versiegelungsgrad von ca. 47% inzwischen die am stärksten versiegelte Großstadt Deutschlands. Hierdurch entstehen Zukunftsrisiken mit Blick auf die Frischluftzufuhr, die Nachtabkühlung, das Aufheizen der Stadt und die Abfederung von Starkregen-Ereignissen, die teilweise durch erste Konzeptentwicklungen bearbeitet werden (Schwammstadt, Klimaanpassung). Der Stadtrat beauftragte 2020/21 ein Gutachten zur Erhebung der Qualitäten der unbebauten Flächen, um die Bedeutung einzelner Grünflächen bewerten und priorisieren zu können: sowohl mit Blick auf Schutz- und Erhaltungsmaßnahmen als auch mit Blick auf andere Nutzungen.

Andererseits hat München eine vorbildliche ökologische Forstwirtschaft und die Stadtgüter sind derzeit bereits zu 80 % auf Ökolandbau umgestellt. Sie sollen bis 2030 zu 100 % auf Ökolandbau umgestellt werden.



HERAUSFORDERUNGEN:

- Die Biodiversitätsstrategie (referatsübergreifend, mit Wirtschaft und Zivilgesellschaft) beschleunigt umsetzen; insb. mehr Qualität auf vorhandene Flächen legen.
- Biotopverbund zwischen den Grün- und Schutzflächen herstellen.
- Sparsame und - wenn möglich - Flächen kombiniert (Dachbegrünung und Photovoltaik, Verdichtung im Bestand etc.) nutzen.
- Ein Konzept zur Lösung der Zielkonflikte unter Beteiligung der verschiedenen Interessengruppen erstellen und verbindliche Ziele definieren und priorisieren.
- Konzepte, Ziele und Maßnahmen konkretisieren, um die Resilienz der Stadt zu stärken gegenüber Hitze (Hitzeschutzmaßnahmen und Hitzeschutz-Aktionsplänen), Starkregen-Ereignissen (Schwammstadt Konzept), Schutz der Kaltluftschneisen und Verbesserung der Frischluftzufuhr.



SDG 16

FRIEDEN, GERECHTIGKEIT & STARKE INSTITUTIONEN



In München leben die Menschen in einem sehr hohen Maße friedlich zusammen – Gewalt und Kriminalität liegen auf einem eher unterdurchschnittlichen und insgesamt niedrigen Niveau. Das Sozialreferat bietet sogar ein allparteiliches Konfliktmanagement in München („AKIM“) an, um Konflikte im öffentlichen Raum zwischen verschiedenen Nutzergruppen und Interessen beizulegen.

München unterstützt Geflüchtete, die aus den Krisengebieten der Welt nach Deutschland fliehen, mit einem großen zivilgesellschaftlichen und städtischen Engagement. Die Bewohner*innen-Struktur Münchens ist multikulturell. Integration gelingt oder scheitert vor Ort – München tut hier viel, dennoch sind in den politischen und zivilgesellschaftlichen Gremien und „Zirkeln“ der Stadt Münchner*innen ohne deutschen Pass eher unterdurchschnittlich vertreten. So nimmt die sogenannte Mehrheitsgesellschaft sowohl spezifische Bedarfe als auch die Vielschichtigkeit von Problemen oder gar Konflikten zu wenig wahr: sowohl mit Blick auf eine gelingende Integration in die deutsche Gesellschaft und ihre Werte, als auch mit Blick auf Konflikte zwischen den unterschiedlichen Kulturen und ihren Wertvorstellungen.

Stadt und Zivilgesellschaft sind wachsam gegenüber allen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit: ob über die Zusammenschlüsse „München ist bunt“ oder der „Lichterkette“ bis zur städtischen „Fachstelle für Demokratie“.

München ist eine vergleichsweise reiche Stadt mit hohem Einkommens- und Gewerbesteueraufkommen, das die Finanzierung vieler freiwilliger kommunaler Aufgaben zulässt. Auch wenn – wie in Deutschland generell - rechtsstaatliche, transparente und starke Institutionen das friedliche Zusammenleben stützen und ein gleichberechtigter Zugang zur Justiz bestehen, ergeben sich Lücken in der Praxis: So kümmert sich die „refugies law clinic“ vorbildhaft um die juristische Unterstützung von Geflüchteten. Leider trauen sich Menschen mit geringem Einkommen häufig nicht, ihre Rechte durchzusetzen. Dies gilt nicht erst für juristische Auseinandersetzungen wie Kündigungen oder die Anfechtung von falschen Bescheiden, sondern beginnt bereits bei der Antragstellung (Miete/Wohngeld, Bürgergeld, Kinderzuschlag etc.).



Kommunale Risiken einer nicht-nachhaltigen Entwicklung - wie zunehmende Armut, Wohnungsnot, Investitions- oder Reparaturbedarfe der kommunalen Infrastruktur aufgrund des Klimawandels werden den Akteuren zunehmend bewusst. Zu häufig bleibt München exklusiv statt inklusiv. Die Diskussion über Klimagerechtigkeit wird in München seit dem Klimaherbst 2023 intensiver geführt.

München hat sich selbst Grundsätze für die Bürgerbeteiligung gegeben und baut derzeit die analoge und digitale Öffentlichkeitsbeteiligung aus

(Vorbereitung eines Grundsatzbeschlusses des Stadtrates). An der Beteiligungspraxis in der Stadt gibt es viel Kritik, da für die Beteiligten nicht erkennbar ist, wie ihre Mitarbeit Wirkung entfaltet, gewürdigt wird und zu einer besseren Entscheidungsqualität führt. Vorbildlich ist der Auf- und Ausbau für bürgerschaftliches Engagement auch dank der sehr engen Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Akteuren.

HERAUSFORDERUNGEN:

- Selbstorganisation und Selbsthilfe sowie bürgerschaftliches und gesellschaftspolitisches Engagement der Münchner*innen für ihre Stadt einfach, attraktiv und niederschwellig fördern und Strukturen dafür stärken.
- Bürger*innen- bzw. Öffentlichkeitsbeteiligung wirksam und attraktiv ausbauen (digital & analog – stadtweit & quartiersnah – kooperativ & paritätisch – wirksam & relevant – top-down & bottom-up). Die LHM lädt alle Bewohner*innen ein zur Mitgestaltung der Zukunft der Stadt. (und nicht nur die mit „Bürgerstatus“): ohne aktive Münchner*innen wird die nachhaltige Transformation nicht gelingen.
- Die Arbeit der vielen informellen Beiräte der LHM als Beratungs- und Empfehlungsgremien des Stadtrates und der Verwaltung wirksamer und wertschätzender gestalten.



SDG 17

PARTNERSCHAFTEN ZUR ERREICHUNG DER ZIELE



SDG 17 interpretiert für Kommunen bedeutet, den Aufbau von Partnerschaften zwischen verschiedenen Akteur*innen und zur Abstimmung einer kohärenten Nachhaltigkeitspolitik voranzutreiben und hierbei systematisch auch Belange des Globalen Südens mitzudenken.

(1) Globale Nachhaltigkeit als Ziel in München

Münchens OB Dieter Reiter hat 2016 die Agenda 2030 unterzeichnet. Die globale Dimension der Nachhaltigkeit wird derzeit in München vor allem im Ziel der Klimaneutralität Münchens 2035 sichtbar, mit dem auch die LHM ihren Beitrag zur Begrenzung der Erderwärmung leisten will. Dazu ist München in zwei Klimapartnerschaften mit Kapstadt (seit 2013) sowie dem Volk der Asháninka im peruanischen Regenwald (seit 1997 im Rahmen des Klima-Bündnis europäischer Städte mit indigenen Völkern der Regenwälder e.V.) aktiv. Vertreter*innen der LHM arbeiten in verschiedenen kommunalen Nachhaltigkeits-Netzwerken – vom Dialog Nachhaltigkeit der deutschen Kommunen beim Deutschen Nachhaltigkeitsrat bis zur internationalen Klimaallianz.

München ist seit 2013 Fairtrade-Stadt. 2023 gewann die Stadt den kommunalen Wettbewerb "Hauptstadt des Fairen Handels" in der Kategorie Großstädte. Damit wurde sie für ihr Bemühen, die globale Partnerschaft durch fairen Handel zu stärken, erneut ausgezeichnet.

Kompensationsmechanismen zwischen München und dem globalen Süden zu vereinbaren, um die Klimaneutralität Münchens zu erreichen, ist eine strittig diskutierte Vorgehensweise.

(2) Kommunale Entwicklungszusammenarbeit

München betreibt und fördert aktiv die kommunale Entwicklungszusammenarbeit. Von den acht Städtepartnerschaften liegt jedoch nur eine, Harare (Simbabwe), im globalen Süden. Der Stadtrat hat Zielsetzungen und Aktivitäten in einem zuletzt am 17. Juni 2020 fortgeschriebenen Rahmenkonzept zur kommunalen Entwicklungszusammenarbeit verabschiedet.

www.m-i-n.net/nachhaltigkeitsziele



**Münchner
Initiative
Nachhaltigkeit**

Die LHM fördert auch zahlreiche zivilgesellschaftliche Akteur:innen der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit wie das Nord-Süd-Forum oder das Eine-Welt-Haus sowie Schulpartnerschaften.

(3) Aufbau von Multi-Akteur-Partnerschaften

SDG 17 fordert zudem auf, sogenannte Multi-Akteur-Partnerschaften zu bilden, um die nachhaltige Entwicklung über Mobilisierung der Akteur*innen und den Austausch von Wissen, Fachkenntnissen, Technologien und finanziellen Ressourcen zu fördern. Auch wenn München hier in vielfältigen Kooperationsstruktur auf der städtischen, regionalen und überregionalen Ebene agiert, sind diese Gremien jedoch häufig rein intrakommunal (Metropolregion München, IBA, Städtetag, Eurocities-Network) oder als gezielte bilaterale Kooperationen mit einer Akteursgruppe (Klimapakt der LHM mit ausgewählten Industrieunternehmen) und eher seltener multilateral zusammengesetzt. Ausnahmen sind u. a. die sog. Inzell-Initiative, in die seit einigen Jahren regelmäßig wenige Vertreter*innen der Zivilgesellschaft einbezogen werden oder der neu gegründete Klimarat mit 9 externen Vertreter*innen – je 3 aus der Zivilgesellschaft, aus der Wirtschaft und der Wissenschaft. Wobei in zahlreichen Beiräten des Stadtrates Akteur*innen unterschiedlicher Herkunft zusammengeführt werden – jedoch noch nicht zum Thema Nachhaltigkeit, obwohl der Stadtrat bereits 2019 dazu einen Prüfauftrag an das RKU verabschiedete und MIN dazu einen Vorschlag vorlegte.

HERAUSFORDERUNGEN:

- Ein NH-Management mit Steuerungsgruppe unter Einbindung der Zivilgesellschaft implementieren.
- Multi-Akteurs-Plattformen schaffen.
- Förderpolitik, die Kooperationen fördert zwischen Akteuren (statt Konkurrenz um die knappen Fördermittel für die Nh-Transformation zu schaffen)
- Kohärente Politik durch Klärung der Synergien und Zielkonflikte zwischen den Referaten LHM-intern, aber auch mit den externen Akteur*innen (NH-Strategie und -management und Dialog- und Kooperationsplattformen gestalten.
- Ausbau und Intensivierung der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit durch Maßnahmen und globale Kooperationen auf kommunaler Ebene, Wirkungsmessungen der kommunalen Einflüsse, globalen capacity-Aufbau, faire Handelsbeziehungen (Import/Export: hier bestehen jedoch Zielkonflikte zur regionalen Resilienz und einem hohen Ressourcenverbrauch globaler Wertschöpfungsketten).

